LE CONSEIL RHÉNAN
DER OBERRHEINRAT

PLENARVERSAMMLUNG VOM 5. DEZEMBER 2025

Gemeinsam für einen sicheren und widerstandsfähigen Oberrhein: Schutz kritischer Infrastruktur und Abwehr hybrider Bedrohungen

Der Oberrheinrat, in seiner Plenarsitzung vom 5. Dezember 2025 und auf Vorschlag des Vorstands,

1. betont vor dem Hintergrund der sich rapide verändernden Sicherheitslage in Europa die zunehmende Bedeutung des Schutzes kritischer Infrastrukturen wie Energie- und Wasserversorgung, Verkehrsinfrastruktur und digitale Netze für die Sicherheit und die Resilienz der Bevölkerung am Oberrhein;
2. hebt hervor, dass grenzüberschreitende Koordination und Zusammenarbeit unabdingbar sind, um konventionellen und hybriden Bedrohungen für die Region entgegenzuwirken;
3. verweist insbesondere auf seine Resolutionen „Grenzüberschreitende Vorbereitung des Oberrheins auf Krisensituation nachhaltig voranbringen“ vom 14. Juni 2024 und „Resilienz des Oberrheins gegenüber Cyberrisiken erhöhen“ vom 1. Dezember 2023;
4. erinnert in diesem Zusammenhang auch an seine Resolution „Sicherheit der Kernkraftwerke am Oberrhein und Trinationale Zusammenarbeit im atomaren Katastrophenfall“ vom 30. November 2012, deren Aktualität zuletzt im Juni 2025 durch eine Studie des Trinationalen Atomschutzverbands (TRAS)[1] unterstrichen wurde;
5. begrüßt die Pläne auf allen Ebenen zur Stärkung der Krisenvorsorge und Resilienz in Reaktion auf die sich verschärfende sicherheitspolitische Lage in Europa;
6. fordert in diesem Zusammenhang, dass bei den Planungen die grenzüberschreitende Dimension des Bevölkerungsschutzes im Krisen- und Konfliktfall gebührend berücksichtigt wird und die Handlungsfähigkeit über Ländergrenzen hinweg sichergestellt ist;
7. sieht Handlungsbedarf, insbesondere hinsichtlich der Entwicklung grenzüberschreitend abgestimmter Krisen- und Aktionspläne für hybride Bedrohungen wie Cyberangriffe, Desinformationskampagnen und Sabotageakte, Drohnenüberflüge, der Harmonisierung von Mindeststandards und Sicherheitsprotokollen sowie der Förderung redundanter und robuster Strukturen in kritischen Infrastrukturen;
8. hebt die besondere Bedeutung regelmäßiger grenzübergreifender Übungen unter Beteiligung von Behörden, Rettungsdiensten, Betreibern kritischer Infrastrukturen und zivilgesellschaftlichen Akteuren hervor, um die Wirksamkeit von Abläufen und Kommunikationsketten praktisch zu erproben;
9. bittet die in der Oberrheinkonferenz bzw. über die trinationale Regierungskommission verbundenen zuständigen Innen- und Sicherheitsverwaltungen zu prüfen, die Durchführung solcher grenzüberschreitenden Übungen zu intensivieren und diese auf weitere Bedrohungslagen wie Cyberangriffe oder kombinierte hybride Krisenlagen auszuweiten;

[1] https://atomschutzverband.ch/gefaehrdung-sueddeutschland/studie/

10. plädiert dafür, die gesellschaftliche Vorbereitung auf Krisensituationen über die Grenzen hinweg zu denken und die Bevölkerung entsprechend zu sensibilisieren, etwas mittels gemeinsamer Informationskampagnen;
11. regt in Anlehnung an seine Resolutionen „Rechtliche Grundlagen für grenzüberschreitende Einsätze der Rettungsdienste im Dreiländereck schaffen“ von 5. Dezember 2022 und „Chancen der rheinübergreifenden Zusammenarbeit der Rettungsdienste am Oberrhein stärker nutzen“ vom 14. Juni 2024 an, auf Ebene der Oberrheinkonferenz zu prüfen, ob die bestehenden bilateralen Vereinbarungen im Bereich Katastrophenhilfe und der alltäglichen Hilfeleistung am Oberrhein allen relevanten Bedrohungs- und Alltagsszenarien ausreichend gerecht werden.

Der Oberrheinrat richtet diese Resolution an:

- in Frankreich:
  - die Präfektur der Region Grand Est
  - die Region Grand Est
  - die Collectivité européenne d’Alsace
  - das Ministerium für Europa und Äußeres
  - das Ministère de la Transition numérique et des Télécommunications
- in Deutschland:
  - die Landesregierung Baden-Württemberg
  - die Landesregierung Rheinland-Pfalz
  - das Auswärtige Amt
  - das Bundesministerium des Innern und für Heimat
- in der Schweiz:
  - die Nordwestschweizer Regierungskonferenz
  - das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten
  - das Eidgenössische Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport
  - das Bundesamt für Kommunikation
- auf grenzüberschreitender Ebene:
  - die Deutsch-Französische Parlamentarische Versammlung (zur Kenntnis)
  - den Deutsch-Französischen Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit (zur Kenntnis)
  - die Oberrheinkonferenz (zur Kenntnis)